

Antrag

der Abgeordneten Sauter (Epfendorf), Dr. Pinger, Dr. Kunz (Weiden), Herkenrath, Repnik, Graf von Waldburg-Zeil, Bayha, Borchert, Feilcke, Frau Fischer, Hedrich, Höffkes, Dr. Hüsch, Lamers, Dr. Pohlmeier, Schreiber, Echternach, Hanz (Dahlen), Dr. Lammert, Kraus, Rühe, Sauter (Ichenhausen), Schmidbauer, Frau Augustin, Carstensen (Nordstrand), Scharz (Trier), Michels, Niegel, Sauer (Stuttgart), Werner, Dr.-Ing. Kansy, Magin, Weiß, Kittelmann, Hornung, Eylmann, Bohl, Frau Roitzsch (Quickborn), Frau Dr. Wisniewski, Seehofer, Frau Rönsch, Louven, Dr. Stercken, Schwarz, Dr. Schwörer, Dr. Czaja, Clemens, Hauser (Esslingen), Dr. Schroeder (Freiburg), Dr. Miltner, Ganz (St. Wendel), Bühler (Bruchsal), Rode (Wietzen), Frau Geiger, Frau Hoffmann (Soltau), Frau Verhülsdonk, Frau Krone-Appuhn, Petersen, Stutzer, Dr. Hoffacker, Frau Dempwolf, Seesing, Stockhausen, Müller (Wadern), Eigen, Schneider (Idar-Oberstein), Doss, Wilz, Rossmann, Nelle, Freiherr Heereman von Zuydtwyck und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Rumpf, Schäfer (Mainz), Paintner, Dr. Feldmann und der Fraktion der FDP

Förderung kleinbäuerlicher Betriebe in der Dritten Welt

Die Massenarmut in der Dritten Welt breitet sich weiter aus. Schwere Hungerkatastrophen haben gerade in diesem Jahr gezeigt, daß sich die Ernährungssituation in mehreren Entwicklungsländern zuspitzt. Die Überbevölkerung nimmt zu, auch und gerade in den gefährdeten Regionen. Der Stadt-Land-Gegensatz wächst; die Landflucht erscheint immer mehr Menschen in den ländlichen Regionen der Dritten Welt als einziger Ausweg, um zu überleben.

Nach wie vor lebt aber in den meisten Entwicklungsländern die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land und von der Landwirtschaft. Die meist noch intakten sozialen Strukturen auf dem Land haben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie die kulturelle Entwurzelung besser abgefangen als die urbanen Ballungsräume. Der landwirtschaftliche Sektor erwirtschaftet einen großen Anteil zum Bruttosozialprodukt. Der Außenhandel vieler Entwicklungsländer lebt ausschließlich oder überwiegend von Agrarprodukten.

Der Aufbau einer gewerblichen Wirtschaft ist in der Regel ohne eine geordnete Landwirtschaft, d. h. eine gesicherte Ernährungsbasis, nicht möglich.

Den größten Anteil an der ländlichen Bevölkerung, aber auch an der landwirtschaftlichen Produktion stellen die Kleinbauern, Pächter und ländlichen Tagelöhner mit ihren Familien.

Wer die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit verbessern will, muß daher diese Zielgruppen und ihre Fähigkeiten mobilisieren.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag sieht in den Kleinbauern, Pächtern und landlosen Armen in den Entwicklungsländern wichtige Bevölkerungsschichten, deren menschliche Fähigkeiten und deren Ressourcen verstärkt für die Entwicklung genutzt werden müssen. Voraussetzung dafür sind unter anderem Reformen in der Agrarverfassung und ein stufenweiser technologischer Fortschritt, der im Einklang mit den kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Voraussetzungen der jeweiligen Region steht.
2. Vor allem die Kreditversorgung der kleinbäuerlichen Betriebe ist bisher unzureichend gelöst. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, die Kreditkomponente im Rahmen eines umfassenden Förderkonzepts auszudehnen.

Hierzu sollten finanzielle und technische Zusammenarbeit komplementär eingesetzt werden.

Da bestehende Instrumente wie Entwicklungsbanken und staatliche Organisationen die Kleinbauern kaum erreichen, sollen Versuche mit neuen privaten Kreditversorgungs- und -sicherungssystemen bedarfsgerecht – d. h. im Sinne stärkerer Selbsthilfe – gefördert werden. Die administrativen Anforderungen der Geberseite bei solchen Kreditprogrammen dürfen den Selbsthilfewillen nicht behindern.

3. Den privaten selbstbestimmten Selbsthilfeorganisationen der Kleinbauern auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gebührt auch in den anderen Förderungsbereichen, wie z. B. Beschaffung, Produktion oder Vermarktung, grundsätzlich der Vorrang vor staatlichen Organisationen.
4. Die Gründung eigenverantwortlicher bäuerlicher Selbsthilfeorganisationen soll verstärkt werden. Ziel ist die Stärkung des Willens und Fähigkeit der Zielgruppen zum eigenständigen Handeln. Hierzu sind die Vorschriften der Geberseite über Mitteleinsatz und Gestaltung der Zusammenarbeit flexibler zu gestalten.
5. Die Förderung der kleinbäuerlichen Betriebe kann nur im Rahmen einer ländlichen Regionalentwicklung erfolgen. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, dieses Förderkonzept kontinuierlich auszudehnen, zu dessen wesentlichen Bestandteilen außerdem gehören
 - die ländlichen Kleingewerbeförderung durch Handwerksbetriebe,

- der Aufbau ländlicher Märkte,
 - die Entwicklung regionaler Zentren mit einem verbesserten Freizeit-, Lern- und Sozialangebot,
 - die Einbeziehung der Frauen in alle Beratungs- und Ausbildungsprogramme,
 - die Nutzung standortgerechter Technologien, insbesondere bei der Energieversorgung durch Biokohle, bei der Konservierung von Lebensmitteln durch Trocknung, bei Anbau- und Erntetechnik, bei Vorratshaltung und Nachernteschutz.
6. Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen die politischen, administrativen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestalten, daß der kleinbäuerlichen Bevölkerung
- ausreichende Anreize für ihre Eigenanstrengungen und
 - ausreichende Spielräume für ihre Entfaltung
- gewährt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Entwicklungsvoraussetzungen im angestrebten Politikdialog mit den Entwicklungsländern zu vertreten.

7. Da die Entwicklungszusammenarbeit eher in solchen Ländern wirksam wird, in denen
- die Entwicklung der ländlichen Räume Priorität hat,
 - die Agrarpreispolitik die Produktion ermuntert,
 - Reformen der Agrarstruktur die Verarmung der ländlichen Bevölkerung verhindern,
 - die Grundbedürfnisbefriedigung vorrangig angestrebt wird,
 - die administrative Dezentralisierung der Bevölkerung die Möglichkeit bietet, eigenverantwortlich zu handeln
- sollten diese Länder bevorzugte Partner in der Entwicklungszusammenarbeit werden.

Bonn, den 8. August 1984

Sauter (Epfendorf)

Dr. Pinger

Dr. Kunz (Weiden)

Herkenrath

Repnik

Graf von Waldburg-Zeil

Bayha

Borchert

Feilcke

Frau Fischer

Hedrich

Höffkes

Dr. Hüsch

Lamers

Dr. Pohlmeier

Schreiber

Echternach

Hanz (Dahlen)

Dr. Lammert

Kraus

Rühe

Sauter (Ichenhausen)

Schmidbauer

Frau Augustin

Carstensen (Nordstrand)

Schartz (Trier)

Michels

Niegel

Sauer (Stuttgart)

Werner

Dr.-Ing. Kansy

Magin

Weiß

Kittelmann

Hornung
Eylmann
Bohl
Frau Roitzsch (Quickborn)
Frau Dr. Wisniewski
Seehofer
Frau Rönsch
Louven
Dr. Stercken
Schwarz
Dr. Schwörer
Dr. Czaja
Clemens
Hauser (Esslingen)
Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Miltner
Ganz (St. Wendel)
Bühler (Bruchsal)
Rode (Wietzen)
Frau Geiger
Frau Hoffmann (Soltau)
Frau Verhülsdonk
Frau Krone-Appuhn
Petersen
Stutzer
Dr. Hoffacker
Frau Dempwolf
Seesing
Stockhausen
Müller (Wadern)
Eigen
Schneider (Idar-Oberstein)
Doss
Wilz
Rossmann
Nelle
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Rumpf
Schäfer (Mainz)
Paintner
Dr. Feldmann
Mischnick und Fraktion